

Grundsätzliches über Partei und Parteien

Von Gustav Gundlach S. J.

Unter die Anzeichen der in dieser Zeitschrift im Augustheft geschilderten antiliberalen Konjunktur gehört auch die Abneigung gegen die „Partei“ oder „die Parteien“. Eine „überparteiliche“ oder „partei-unabhängige“ Regierung gilt als oberstes Ziel einer sogenannten konservativen oder autoritären Staatsführung. Wie sehr bei derartigen Vorstellungen die Begriffe „konservativ“ und „autoritär“ einseitigen gesellschaftspolitischen Wunschbildern entspringen und einer soziologischen und sozialphilosophischen Prüfung nicht standhalten, wurde in dem genannten Aufsatz kurz beleuchtet. Etwas Ähnliches dürfte auch bei der Abneigung gegen die Partei oder gegen die Parteien der Fall sein.

Zunächst ist schon der Begriff der Partei in Unklarheit gehüllt. Für die naive und oberflächliche Betrachtung verbindet sich der Begriff mit „Parteibuch“, mit „Schiebung“, mit „staatlicher Futterkrippe“, kurz, die Partei erscheint als ein riesenhafter Geschäftsbetrieb zur Ausbeutung von Staat, Provinz und Gemeinde durch das Mittel parteipolitischer Machtstellung. Niemand, der aufrichtig und sachlich den „Staat von Weimar“ würdigt, wird an der traurigen Tatsache derartiger Auswirkungen des „Parteiismus“ vorbeisehen dürfen. Zweifellos wird aber auch hier vom Gegner der heutigen Demokratie maßlos übertrieben und ein allzu billiges Spiel mit den leicht erregbaren Neid- und Verärgerungsinстинkten des Durchschnittsbürgers getrieben; vor allem aber wird die Zeit vor Weimar in unkritischer Weise idealisiert und der tatsächlichen ungemein schwierigen Zeitlage bei der Entstehung und ersten Entwicklung der deutschen parlamentarischen Demokratie zu wenig Rechnung getragen.

Muß man also die eben angedeutete, allzu oberflächliche Betrachtung von Partei und Parteien ablehnen, so gilt das gleiche von einer Auffassung, die das Parteiwesen ausschließlich vom Wirtschaftlichen her sieht. Agrarische oder industrielle Interessen, die weltwirtschaftlichen Interessen der auf Ausfuhr eingestellten Kreise in Erzeugung und Handel oder den binnenwirtschaftlichen Einheitswillen anderer Wirtschaftsgruppen sieht man hinter hochtönenden Parteiparolen wie Nation, Ehre, Weltgeltung, Freiheit und Fortschritt, Autorität und Tradition, Demokratie und Persönlichkeitsrechte, starker Staat, Disziplin und Führung. Wie sehr auch eine derartige „Entzauberung“ politischer Begriffe am Platze ist, so darf sie doch nicht zu einer Verabsolutierung des Wirtschaftlichen führen, wozu wir heute in der Notzeit besonders neigen. Die Parole „Arbeit und Brot“ mag heute als Parteiparole zugkräftig sein, aber sie kann doch nur auf vom Geistigen leer gewordene und zermürbte Wählermassen wirken. Der

Staat, auf dessen Beeinflussung doch schließlich jede Partei zielt, ist eben mehr als eine große Aktiengesellschaft „Deutschland“, und ist dies trotz Max Weber auch sogar im kapitalistischen Zeitalter. Für den objektiven Betrachter ist die Staatsidee eine geistig-sittliche Norm, vielfältig verknüpft mit andern geistig-sittlichen Normen des menschlichen Gesellschaftslebens. Darum geht es auch im konkret-lebendigen Staat um viel mehr als nur um „Arbeit und Brot“, und wenn auch der Staat unmittelbar hauptsächlich auf die materielle Seite des menschlichen Daseins hinzielt, so ist doch von entscheidender Bedeutung für die Staatsführung, ob und in welchem umfassenderen Zusammenhang diese materielle Seite gesehen wird. Deshalb steckt ein wahres Staatsempfinden in der Wahl der oben erwähnten tönenden Parteiparolen. Somit wäre es ein unhaltbarer Wertskeptizismus, wollte man die „nur-wirtschaftliche“ Erklärung des Parteiwesens annehmen. Man machte dann sogar jegliche Erklärung unmöglich, denn, um ein Wort Windelbands zu gebrauchen, der Skeptizismus ist „die Weltanschauung des Blasierten“, dieser aber bringt weder den Willen zum Staat noch auch den Willen zur Partei auf.

Allzu vereinfachend und darum falsch ist auch das Bemühen, im Anschluß an Karl Marx die Parteien als politische Organisationen der Klassenfronten, mithin als Ausdruck der sozialen Lage der Menschen aufzufassen. Zwar steht das Politische durch die Wucht der gesellschaftlichen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise stark unter der formenden Gewalt der verschiedenen Arbeitsmarktlage; aber gerade diese Auswirkung des Sozialen ins Politische zeigt, daß Karl Marx das Wesen der „Klasse“ zu einseitig vom ökonomischen Interesse her sah, und auch, daß er die Eigenart des Staates und der politischen Partei gegenüber dem Wirtschaftlichen übersah. Keineswegs nämlich ist es Zufall oder „bürgerliche Verführung“, daß der Sozialismus die Enge des Nur-Ökonomischen noch immer verließ, sobald er praktische und positive Arbeit am Staate leisten mußte. Das wahre Verhältnis des Politischen und Ökonomischen zwingt ihn dazu, und das wahre Wesen der Dinge erweist sich stärker als alle Ideologie. Mag man also auch den politischen Kampf als Klassenkampf auffassen, man muß dann im Widerspruch zu Marx zugestehen, daß es den kämpfenden Klassen wesensmäßig um mehr geht als um das ökonomische Interesse, nämlich um die Gestaltung des „objektiven Staates“. Somit ist es auch nicht nur Propagandabedürfnis, wenn der politische Kampf der Klassenfronten immer wieder zum Werturteil flüchtet und sich in Parolen wie „Gerechtigkeit“ und „allgemeine Wohlfahrt“ ergeht. Auch darin liegt ein natürliches Empfinden von dem tieferen, wahren und metaphysischen Wesen des Staates und somit auch der politischen Partei.

Freilich hat nun der rationalistische Liberalismus diese Vernunftnorm des „wahren“ Staates, diese Überzeugung von einem geistig-sittlichen Wesen des Staates ausgehöhlt, indem er diese Norm jedes bestimmten Inhaltes entleerte und sie zu einer bloß formalen Richtungsidee für das politische Wollen erniedrigte. Schuld hieran ist der Atomismus und Individualismus des liberalen Weltbildes und der liberalen Erkenntnislehre. Die Folge dieses Formalismus war, daß man zwar mit Recht im Staat

ein Ordnungssystem sah, aber seine Verwirklichung nicht in bestimmter inhaltlicher Zielsetzung erblickte, sondern in dem Streben, die verschiedenen auf Staatsgestaltung hinzielenden Kräfte und Gruppen jeweils immer wieder in eine Gleichgewichtslage zu bringen. Daraus ergab sich dann jene politische Mechanik und vor allem jene Arithmetik des Koalitionsspiels der Parteien, die zu vergessen schienen, daß man eine metaphysische Wesenheit wie den Staat und das Staatsziel nicht quantifizierend und nicht mit dem Rechenstift des Koalitionstaktikers durch Zusammenzählen von Mandatsziffern ins Leben überführen kann. Zutiefst ist eben das Wesen einer Partei durch mehr bestimmt als durch die Summe der Menschen, die sie als Fraktion ins Parlament schickt. Indem jede politische Partei wesensmäßig auf den Staat und die Gestaltung des Staates hinzielt, ist sie durch ihre Stellung zum metaphysischen Sein des Staates jeweils als ein eigenartiges Quale von Grundhaltung und Grundsätzen und nicht als ein Quantum von Mandatsstärke bestimmt. Und in der Treue zu diesem ihrem eigenen Wesen liegt für die Partei sowohl die Unbefangenheit wie auch die Zurückhaltung in Koalitionsfragen begründet. So ist es denn die Metaphysik, die dem Satz, daß Politik die Kunst des Möglichen sei, in einem höheren Sinne Wahrheit verleiht, als die Techniker und Mechaniker des politischen Lebens darunter verstehen und in der liberalen Vorstellung vom „geordneten“ Staat als einer so oder so hergestellten mechanischen Gleichgewichtslage parlamentarischparteimäßiger Kräfte ausdrücken. Aus diesem Inbegriff liberaler Staatsweisheit folgt dann jene „Realpolitik“, die schlechthin von Übel ist, nicht weil sie Realpolitik ist, sondern weil sie Realpolitik ohne festen und bleibenden metaphysischen Standpunkt ist.

Die heute verbreitete Abneigung gegen die parlamentarische Demokratie und gegen „die Parteien“ beruht nun bei vielen Menschen auf der Beobachtung, daß die politische Praxis jenen eben als liberal gekennzeichneten Weg ging. Aber dieser falsche Weg ergab und ergibt sich niemals aus dem Wesen der Partei und der parlamentarischen Demokratie, sondern stellt sich im Lichte des eben Dargelegten als etwas durchaus Wesenswidriges dar. Darum ist auch die Folgerung, die man aus den liberalistischen Irrgängen der Parlamentspolitik zieht und die vielfach auf eine grundsätzliche Verwerfung der Parteien und der parlamentarischen Demokratie hinausläuft, völlig verfehlt. Die einzige Folgerung, die zu ziehen ist, ist vielmehr die Forderung allseitiger Rückbesinnung auf das metaphysische Wesen des Staates, um von hier aus Sinn und Funktion der Parteien wieder zu erfassen. Dann wäre jedenfalls eine Verfassungsreform erst im vollen Ernst der Aufgabe erkannt, und die heute vielfach vorhandene Überheblichkeit über „die Männer von Weimar“ würde einer bescheideneren Haltung wenigstens bei den ehrlich gesinnten Verfassungsreformern Platz machen. Die Verlegenheit um eine tiefere, gemeinsame Grundlage der Staatsgesinnung für das Verfassungswerk ist nämlich heute eher größer als damals.

Am wenigsten wird nun der Forderung nach metaphysischer Staatsbesinnung gerade jene regierungsfähig gewordene Strömung gerecht, die

auf eine parteien- und parlamentsunabhängige „autoritäre Staatsführung“ hinstrebt. Das Fehlen jeglicher metaphysischen Staatsauffassung ist nämlich für diese Richtung kennzeichnend, also gerade das, was ihre Gegnerin, die liberalistische Parteidemokratie, unfähig gemacht hat. Wir sehen diesen Mangel an Metaphysischem der im Augenblick tonangebenden „autoritären Staatsführung“ einmal durch die Staatstheorie verschuldet, die mittelbar und unmittelbar auf die leitenden Männer einwirkt, und dann durch die Sinnesart jener soziologischen Schicht, die Hauptträger der autoritären Politik ist. Der „Dezisionismus“ der Staatstheorie Carl Schmitts ist alogisch und voluntaristisch, ist bewußt Gegner der Metaphysik im Sinne des scholastischen Naturrechts und wesenhafter Seinsstrukturen. Dabei liegt freilich dennoch eine „Metaphysik“ versteckt zu Grunde, die die jeweilige Machtrichtung und Willensentscheidung „rechtfertigt“, nämlich eine Art Manichäismus des guten und bösen Prinzips in der Welt mit dem Ergebnis, daß Politik nicht im Sinne des hl. Thomas und der Scholastik ein sinnvolles „Ordnen“, sondern ein machthaftes „Entscheiden“ zur Bewältigung des „Freund-Feindverhältnisses“ ist. Eine derartige „Metaphysik“ sieht dann auch folgerichtig im Staat nur den Machtstaat, während in Wahrheit vom Wesen des Staates Macht und Recht untrennbar und Lebensfunktionen dieses Wesens sind. Zu dieser machtsstaatlichen Theorie paßt dann die ungeistige, zur „schneidigen“ Machtentscheidung hinneigende Denkart der die „autoritäre Staatsführung“ heute tragenden soziologischen Schicht, nämlich eines gewissen preußischen Junkertums und der von ihm beeinflussten Militärkreise. Während die aristotelisch-scholastische Metaphysik mit ihrer Ehrfurcht vor den wesenhaften Strukturen des Seins, mithin auch des gesellschaftlichen Lebens, dem politischen Handeln das Gepräge der Sinnfülle und des Maßes gibt, erzeugt die eben angedeutete bewußte oder unbewußte Metaphysikscheu und Metaphysikfreiheit jene forsche Bedenkenlosigkeit und allenfalls jene Diszipliniertheit rein äußerlicher Formbeherrschung, die immer mehr die augenblickliche Politik bei uns zu bestimmen drohen. Der Mangel an Staatsmetaphysik macht jedenfalls die Richtung der „autoritären Staatsführung“ völlig ungeeignet, über liberalistische Parteidemokratie zu Gericht zu sitzen; dieser Mangel richtet sie selbst. Und es ist nicht „konfessionelles“ Vorurteil, wenn der Großteil des deutschen politischen Katholizismus gegen eine solche „autoritäre Staatsführung“ stärkstes Bedenken hat. Der bewußte Katholik denkt eben wesentlich metaphysisch, auch im Politischen; er hat daher angesichts der neuen politischen Methoden das peinliche Empfinden des Rückfalls ins Primitive, der für den religiösen Menschen und Christen gleichzeitig immer auch ein Sündenfall ist.

Rückbesinnung auf das metaphysische Wesen des Staates ist also der alleinige Weg, auf dem das deutsche Parteiwesen und die parlamentarische Demokratie nach eigenen Naturgesetzen gesunden kann. Wenn wir die geistige Lage Deutschlands und ihre Verworrenheit betrachten, wird allerdings die Schwierigkeit und beinahe Unlösbarkeit jener Aufgabe deutlich. Die Quelle der Skepsis gegenüber unserer Demokratie liegt eben

anderswo, als die sehr oberflächlichen Antidemokraten unserer Zeit meinen. Erst recht liegt die Quelle dieser Skepsis nicht da, wo manche Freunde unserer Demokratie sie sehen, wenn sie verlangen: weg von den Weltanschauungsparteien und hin zu den Parteien der „reinen Staatspolitik“. Denn was soll „reine Staatspolitik“ heißen? Eine irgendwie beschaffene und begründete Idee von der Aufgabe des Staates muß doch dem politischen Handeln als einem sinnvollen Handeln zu Grunde liegen, wenn anders man nicht zum liberalen Dogma der „Wertfreiheit“ sich bekennt und das Wesen der Politik sozusagen technisiert und in jenem oben zurückgewiesenen Bemühen um die dauernde Herstellung des Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Gruppen und Bestrebungen sieht.

So gewiß also der Staat und seine Aufgabe nur weltanschaulich begründet und verstanden werden kann, ebenso gewiß ist auch die weltanschauliche Grundlage jeder Parteibildung, weil ja die Partei von der inneren Beziehung zur Staatsaufgabe nicht getrennt werden kann. Wo immer also in einem Lande die Parteibildung nicht nach weltanschaulichen Gesichtspunkten geschieht, erfolgt dies nicht aus mangelnder Betonung und Wertschätzung des Weltanschaulichen, sondern weil man im Gegenteil aus natürlicher Veranlagung und geschichtlicher Erziehung des gemeinsamen weltanschaulichen Bodens für den Staat und somit auch für die Parteien sicher ist. Die Parteien sind dann zwar in einem annehmbaren Sinne „rein politisch“, aber durchaus nicht ohne weltanschauliches Fundament; denn sie sind in diesem Falle politische Organisationen des verschiedenen Denkens und Wollens hinsichtlich der Mittel und Wege zur Verwirklichung der im übrigen gemeinsamen, weltanschaulich begründeten Idee und Aufgabe des Staates. So ist es bis jetzt in England, wo im natürlichen „common sense“ und in einer geschichtlich gewachsenen nationalen Einheitsidee eine gemeinsame weltanschauliche Basis für das politische Leben beinah als selbstverständlich und fast unbewußt gegeben ist. In Deutschland liegen die Dinge leider nicht so. Der natürliche Volkscharakter und die geschichtlich gewordene Zerrissenheit machen die notwendige weltanschauliche Basis des Staatslebens immer wieder zum Problem und zum Gegenstand verschiedener Auffassungen. Bei dieser Sachlage wäre die Nichtexistenz von Weltanschauungsparteien geradezu das Zeichen politischer Oberflächlichkeit unseres Volkes.

Man muß also im Interesse der Fruchtbarkeit unseres politischen Lebens eine Stärkung der Weltanschauungs-Parteien wünschen. Und was die dem deutschen Katholizismus nahestehenden beiden politischen Parteien betrifft, so wird man es begrüßen, daß das Bewußtsein für den Wert und die Notwendigkeit der weltanschaulichen Grundlegung gerade in den letzten Zeiten wieder stark erwacht ist. Mögen die Zeiten für immer vorbei sein, wo ein wirklicher oder vermeintlicher Zentrumsman in einer allgemein-politischen Erörterung im „Berliner Tageblatt“ sinngemäß etwa schreiben konnte, daß für den Politiker die Besinnung auf Grundsätzliches immer ein Zeichen von Verlegenheit sei. Mit Freuden wird man in dem Mitteilungsblatt „Das Zentrum“ (Nr. 10/11, 1932, 297)

folgende programmatische Richtlinie lesen: „Die Zentrumsparlei ist eine politische Partei, welche sich die Aufgabe gesetzt hat, von ihren Grundanschauungen aus an der Gestaltung der politischen Ordnung des gesamten deutschen Volkes mitzuwirken. Sie geht dabei in gleicher Weise aus von den natürlichen Grundlagen deutschen Volkstums, deutscher Geschichte und Kultur, von den naturhaften Gegebenheiten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und von den Grundwahrheiten des Naturrechts und des christlichen Offenbarungsgutes, wie sie von der katholischen Kirche gelehrt werden. In der Bezugnahme auf diese Ausprägung der christlichen Grundwahrheiten findet die Zentrumsparlei für ihre politischen Arbeiten und Ziele wesenhafte Besonderheiten sowie prinzipielle Klarheit, Eindeutigkeit, Sicherheit und Endgültigkeit.“

Für den katholischen Volksteil mit seiner an sich möglichen Klarheit und Geschlossenheit im Grundsätzlichen liegt also die hier zur Gesundung des Parteiwesens geforderte Rückbesinnung auf das metaphysische Wesen des Staates einfach und beinahe einzigartig günstig.

Gerade daraus ist ja der Hauptbeweis zu ziehen, daß der katholische Volksteil zur einheitlichen politischen Zusammenfassung hinzielen muß und kann, wie schon im Augustheft dieser Zeitschrift auseinandergesetzt wurde. Vor allem im Zeitalter der deutschen parlamentarischen Demokratie liegt dies im Interesse sowohl unseres ganzen Volkes und seiner demokratischen Entwicklung wie auch des Katholizismus.

Sind also unter dem Gesichtspunkt der Rückbesinnung auf das metaphysische Wesen des Staates die Umstände für die parteimäßig zusammengefaßte politische Vertretung des Katholizismus an sich günstig, so fragt es sich, ob nicht konkrete, mehr oder weniger zufällig gewordene Verhältnisse den Gesundungsprozeß der Rückbesinnung erschweren.

Die wesenhafte metaphysische Grundlage einer den Katholizismus im Parlament vertretenden Partei stellt an die Fraktion und ihre Mitglieder hohe geistige Anforderungen. Diese geistigen Anforderungen liegen nicht in der Richtung einer sog. akademischen Bildung, sondern mehr in der Richtung einer Universalität des Interesses und der Aufgeschlossenheit für alle Fragen unserer Kultur. Denn nicht nur Tarifverträge, Beamtengehälter, Einheitspreisgeschäfte, Konsumvereine und Syndikate können und werden politisches Gewicht gewinnen, sondern schlechthin alles von der Philosophie und gelehrten Forschung bis hin zu den heute so beliebten Militärmärschen im Rundfunk. Leider wird da und dort geklagt, daß die Überzeugung von diesen entfernten Quellen des Politischen bis jetzt beim Abgeordneten nicht sehr stark war; erst das massive Politischwerden der Antidemokratie im heutigen „autoritären Staat“ mag manchem die Augen geöffnet haben für die tausendfachen Wege, auf denen eine „neue Politik“ von weit her und allmählich konkrete Tat wird.

Eine in metaphysischer Treue der Demokratie dienende Partei wird von diesem demokratischen Wesen auch im Verhältnis von Fraktion und Fraktionsführung etwas verspüren lassen. Liegt schon für das Volk der Vorteil demokratischer Einrichtungen nach dem hl. Thomas in einer größeren Anteilnahme der einzelnen am öffentlichen Geschehen, so gilt

dies natürlich noch mehr vom einzelnen Fraktionsmitglied. Die Politik von Partei und Fraktion darf nicht die Geheimkunst einiger weniger sein; jene falsche, auf einem mechanistischen Begriff der Demokratie fußende Meinung darf sich im innern Leben einer Fraktion nicht bewahrheiten, wonach die Demokratie sich zwangsläufig zur Oligarchie entwickle, in diesem Fall also zur Oligarchie der „Fraktionshonoratioren“, um ein ähnliches Wort Max Webers zu gebrauchen. Wird die Fraktion zum Abstimmungsapparat gemacht, so wird ebenso zwangsläufig die Partei zur Wahlmaschine. Dann mag die Technik einer vorzüglichen Organisation über die eine oder andere schwierige Lage noch hinweghelfen, aber einmal wird der Mangel an Leben zur Krise führen. Ein demokratisch denkender Parteiführer wird daher eigentlich insofern niemals eine unpopuläre Politik machen, als er darauf ausgehen wird, mit allen Mitteln seine Politik populär zu machen. Dies kann er aber nur, wenn er nicht eine Parteimaschine, sondern ein Parteivolk vor sich hat. Gerade dies ist ja eigentlich auch heute gemeint, wenn man in mißverständlicher Wortprägung statt „Parteien“ nunmehr „Volksbewegungen“ haben will.

Damit rückt das Parteivolk, der vorparlamentarische Raum, von dem die Partei ausgeht, in den Vordergrund. Das katholische Volk in allen seinen Gruppen, Schichten und Organisationen stellt diesen vorparlamentarischen Raum dar. Ist er lebendig genug, um immer wieder geistige Strömungen aufzunehmen und um immer wieder die Parteipolitik und die Parteipolitiker zu befruchten und wiederum Anregungen zu empfangen? Und umgekehrt: ist die offizielle Partei bis hinauf zur Fraktion und zur Fraktionsführung zu dieser lebendigen Wechselwirkung überhaupt bereit und aufnahmefähig? Nach beiden Seiten hin werden heute Wünsche laut. Man sagt, daß unser katholisches Volk zu wenig politisch aktiviert ist, und daß es immer noch dazu neigt, Politik nicht in dem umfassenden Sinne zu nehmen, den ihr der Katholizismus geben kann und muß, sondern im engen kirchenpolitischen Sinne. Vielfach klagt man, daß eine sog. katholische Presse durch die fast banale Art ihres Katholizismus zu dieser Enge und Schwunglosigkeit des politischen Weltbildes beiträgt. Der Klerus als der Hauptbildner des katholischen Volkes soll durchgängig nicht hinreichend zur Schau politischer Zusammenhänge orientiert sein. Man sagt zudem von ihm, daß er leicht der Gefahr des politischen Kurzschlusses unterliege, nämlich die Politik dann in Ordnung zu sehen, wenn rein äußere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral oder der kirchlichen Betätigung vom Staate durchgeführt sind. Und bei den offiziellen Politikern wiederum vermißt man durch die Eigenart unseres Listenwahlsystems nicht selten die Volksnähe. Es bildet sich leicht die Gefahr einer Zunft von Mandatsträgern als einer Art privilegierter Schicht, die die Beschäftigung anderer katholischer Menschen und Gruppen mit politischen Fragen als unberechtigte Konkurrenz empfindet. Und doch könnte die Stimme eines politisch wachen katholischen Volkes in schweren Entscheidungen für die Fraktion im parlamentarischen Kampf eine Stütze sein, auch, und gerade dann, wenn es zum Kompromiß kommen muß und die katholische Forderung hundertprozentig nicht durch-

gesetzt werden kann. Möge man daher der Stimme des katholischen Volkes im vorparlamentarischen Raum die Möglichkeit geben, sich hören zu lassen, und möge man sie hören.

Freilich, es gibt Beobachter des politischen Lebens im katholischen Deutschland, die meinen, daß dieses katholische Volk im vorparlamentarischen Raum überhaupt nicht mehr da ist. Man weist auf die vielen und oft riesengroßen Verbände hin, die allein den vorparlamentarischen Raum auszufüllen scheinen. Darin liegt zweifellos eine Mehrheit von Gefahren für die politische Auswirkung des deutschen Katholizismus. Zunächst können diese Verbände eine Macht sein und werden, die eines Tages die Freiheit und Selbständigkeit der politischen Partei ernsthaft einengt und gar erschüttert. Wenn ferner die durchaus in Einzelfällen verständliche Übung, Verbandsfunktionäre gleichzeitig mit Mandaten auszustatten, gewohnheitsmäßig Platz greifen sollte, könnte der vorparlamentarische Raum eines Tages überhaupt mit dem parlamentarischen Raum der Fraktion zusammenfallen; dann wäre aber gerade jene oben erwähnte fruchtbare Wechselwirkung unmöglich gemacht. Außerdem würde dadurch das Leben des öffentlichen Katholizismus von immer weniger „offiziellen“ Köpfen bestritten, was sicher der Sache nicht zuträglich ist. Endlich besteht nach manchen scharfen Beobachtern die Gefahr, daß eine lückenlose Beherrschung des vorparlamentarischen Raumes durch die großen, stark durchorganisierten katholischen Verbände diesen Raum des größtmöglichen Lebens berauben und ihm somit seine Funktion als Kraft- und Ideenquelle für das parlamentarische Geschehen schmälern würde. Denn bei aller Notwendigkeit und bei allen unbestreitbaren und unbestrittenen Verdiensten der großen katholischen Verbände besteht dennoch die Möglichkeit, daß die Gefahr persönlicher Rivalitäten der Großfunktionäre nicht vermeidbar ist, daß es zu modernen Formen von „Hausmächten“ im deutschen Katholizismus kommen, und daß unter Umständen das Sitzen dieser Verbände am gemeinsamen Tisch in lebenswichtigen katholischen Fragen bestenfalls zu einer geschickten „Regie“, d. i. zum Nichtsagen des Wesentlichen und zum Nichttun des Nötigen, führen kann. Ganz zu schweigen von der großen Versuchung, daß der eine oder andere Verband unter Umständen wegen sehr menschlicher Rücksichten nur schwer dem Kurs der politischen Partei folgen wird, wenn sie zum konkreten Staat in Opposition treten muß. Sollten alle diese Beobachtungen oder Befürchtungen zu Recht bestehen, dann wäre die Forderung zu erheben, den vorparlamentarischen Raum wegen seiner grundlegenden Bedeutung für eine lebendige Politik der den Katholizismus vertretenden Partei aufzulockern und „das katholische Volk“ auch noch anders als nur unter dem Schleier der Verbände, eben durch volksnahe Persönlichkeitskandidaturen zur wirksamen Erscheinung zu bringen.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, den katholischen Menschen das Falsche des Geredes gegen Partei und Parteien nahezubringen und gleichzeitig der berechtigten Kritik die Richtung zu weisen. Der Ausweis der letzten Jahrzehnte deutscher Geschichte zeigt nämlich klar, daß der deutsche Katholizismus nur als geschlossener Wille und nur im parlamen-

tarischen Feld sich durchsetzen und das ganze Deutschland befruchten kann. Für den deutschen Katholizismus ist die positive Stellung zur einheitlichen, parteimäßigen parlamentarischen Formung und Auswirkung des politischen Willens eine Lebensfrage.

Deutsche Front

Von Erich Przywara S. J.

Die Sichtung der drei Klassiker des neuen „Deutschen Aufbruchs“¹ zeigte uns, wie alle Grundanschauungen des neuen deutschen Nationalismus bei ihnen in der Tat vorliegen. Die eigentümliche Religiosität dieses Nationalismus (in Lagarde): einerseits innerlich hingezogen zum Katholischen, anderseits in wildem Trotz gegen alles überliefert Christliche. Ebenso seine politische Geistigkeit: der Mythos des „Reiches“, aber in Deutschland als „einer proletarischen Nation“ (Moeller-Bruck, *Das Dritte Reich* 71), darum als „Sozialaristokratie“ des „organischen Staates“ (Langbehn) unter dem „Führer“.

Diese Grundideen sind der Keim einer ganzen Literatur. In ihr wird der „Deutsche Aufbruch“ zur „Deutschen Front“.

Zwei katholische Denker stehen in der ersten Reihe: Carl Schmitt und Othmar Spann. Sie bilden zueinander einen scharfen Gegensatz, insofern Carl Schmitt gegen alle Romantik ankämpft (Politische Romantik), diese aber der Wurzelboden Spanns ist. Aber sie finden sich in dem unbedingten Primat der Gemeinschaft vor dem Ich.

Das Denken Carl Schmitts (geboren 1888)² beruht auf einer bis zum Letzten gehenden Durchdenkung des Begriffes der „Souveränität“. Gegenüber der „Theorie des bürgerlichen Rechtsstaates...“, welche aus dem Staat eine Rechtsordnung zu machen suchte“ (Verfassungs-Lehre 8) betont er den autonomen Willen der „verfassungsgebenden Gewalt“ (ebd. 9). „Der Wille ist existenziell vorhanden, seine Macht oder Autorität liegt in seinem Sein“ (ebd.). Dieses Sein liegt „vor“ aller Rechtsnorm. Die Verfassung eines Volkes „bedarf keiner Rechtfertigung an einer ethischen oder juristischen Norm, sondern hat ihren Sinn in der politischen Existenz. Eine Norm wäre gar nicht imstande, hier irgend etwas zu begründen. Die politische Existenz braucht und kann sich nicht legitimieren“ (87). „Vor jeder Norm steht die konkrete Existenz des politisch geeinten Volkes“ (121). „Die Existenz des Staates bewährt hier eine zweifellose Überlegenheit über die Geltung der Rechtsnorm. Die Entscheidung macht sich frei von jeder normativen Gebundenheit und wird im eigentlichen Sinne abso-

¹ Diese Zeitschrift 124 (1932/33 I) 82–93.

² Carl Schmitt: *Politische Theologie*, München 1922; *Politische Romantik*², ebd. 1925; *Die geistesgeschichtl. Lage des heutigen Parlamentarismus*², ebd. 1926; *Die Diktatur*², ebd. 1928; *Römischer Katholizismus und politische Form*, Hellerau 1923; *Verfassungslehre*, München 1928; *Der Hüter der Verfassung*, Tübingen 1931; *Der Begriff des Politischen*, München 1932.